Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 89 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 16. April 1932

Hangen und Bangen.

Gedrückte Premierenstimmung — Die Angst um das Morgen — „Die Forderung des Tages".

Als die deutschen Börsen nach siebenmonatigem Schweigen wieder sprechen durften, als Effektenhandel und Kursfeststellung zum erstenmal wieder vor aller Welt erfolgen konnte, da hat es in den Börsensälen zwar eine Art Premiere, aber keine Premierenstimmung gegeben. Zwar wußte jeder Interessent, wie es um seinen Effekten- oder Rentenbesitz bestellt war, aber dem ganzen deutschen Volke wurde erst durch den amtlich festgestellten und veröffentlichten Kurszettel grausam genug, aber überaus deutlich vor Augen geführt, daß das „Barometer der Wirtschaft" auf „Regen und Sturm" steht, also kaum noch tiefer sinken kann —, was im allgemeinen ja eben auch nur dem Zustand unserer Wirtschaft selbst entspricht. Und der kann zwar eine „Kater-", aber wirklich keine erwartungsfrohe „Premieren"stimmung erzeugen! Die allermeisten Effekten- und Rentenbesitzer mußten diesen Kurszettel erst mal verdauen, um sich an den Gedanken allmählich zu gewöhnen, welch große Teile ihres Besitzes sie selbst seit dem 18. September verloren haben. Jetzt hatten sie es schwarz auf weiß, und die Lektüre war trostlos. Doch ist es falsch, gegenüber der Wirklichkeit noch in irgendeiner Weise die Augen halb oder ganz verschließen zu wollen. Sie uns ganz groß und dem Widerstrebenden mit Gewalt zu öffnen —, dafür hat der Kurszettel gesorgt! Man mag diese Operation als etwas Gutes an der vollen Börsenöffnung bezeichnen; aber dann ist es auch das einzige Gute daran! Denn daß sie sonst an einem überaus ungünstigen Augenblick erfolgte, in einer Zeit, in der eine neue Sturmflut des Mißtrauens, ja der Angst vor allem, was nach Bank- und Börsengeschäften zu riechen scheint, gerade jetzt wieder einmal rings um den Erdball rollt und ganz besonders an den Börsen sich zum Ausdruck bringt —, für all dies braucht man als Beweis nur den Namen „Ivar Kreuger" auszusprechen. Da ist es und bleibt es doch mehr als zweifelhaft, ob es gelingen wird, die wiedereröffnete Börse auch nur in einem irgendwie nennenswerten Umfang ihrer Bestimmung zuzuführen: Förderung der Kapitalsanlage. Denn es ist kein Kapital da. Und keine Gelegenheit, es anwesendenfalls zu verwerten. Und vor allem kein Vertrauen zu einer schnellen Besserung in allernächster Zukunft. Aber immer nur gestärktes und begründetes Mißtrauen ist da, gesteigert bis zur — Angst.

*

Diese Angst ist aber nur allzu verständlich. Nicht etwa, weil es sich dabei um ein bißchen Geld handelt, sondern weil die Ungewißheit um das Morgen nun schon seit Jahren und immer stärker an den Nerven des einzelnen Menschen sowie ganzer Völker herumbohrt. Eigentlich ist es doch zum Erstaunen, daß es auf diesem Boden der Zermürbung und des Grauens vor dem Morgen noch nicht zu starken äußeren Massenexplosionen gekommen ist. Revolutionen sind nicht immer bloß Vorstöße einer im Aufstieg befindlichen Volksschicht, sondern auch Ausbrüche der Verzweiflung. Und nicht nach „Brot!" schreien heute in allen großen Industrieländern und kleinen Agrarstaaten die Massen in Millionenzahl, sondern nach „Arbeit!". Daß diese nicht ein Fluch, sondern ein Segen für den Menschen ist, spüren gerade jene, die die Arbeit entbehren müssen. Die innere Angst vor dieser Art „Entbehrung" ist nicht minder groß als die vor der rein materiellen Art. Und so weit sind wir in Deutschland vor allem, daß wir innerlich der Regierung eine „Ermächtigung" von vornherein zu all und jedem erteilt haben, was immer nur von ihr unternommen wird, um Arbeit zu beschaffen. Es ist im Laufe der Jahre ein gewisser Unfug mit dem Worte „Sofortprogramm" getrieben worden. Aber das allernotwendigste ist jetzt wirklich ein solches Sofortprogramm der Arbeit und für die Arbeitslosen. Nein, etwas anderes ist noch notwendiger: die Inangriffnahme eines solchen Programms, an denen kein Mangel ist. Auch wenn es an solchen Sofortprogrammen noch Mängel gibt. Aber die Verhandlungen auf der Tagung der Freien Gewerkschaften, auf der als Reichsarbeitsminister der Führer der Christlichen Gewerkschaften, Dr. Stegerwald, die Ansichten der Reichsregierung darlegte, haben leider wieder gezeigt, daß man im Kabinett vor allem auf die Mängel des Vorgeschlagenen sieht und darum zögert. Mögen die anderen innenpolitischen Aufgaben wie Haushaltsaufstellung usw. unstreitig von Bedeutung sein, — am vordringlichsten ist, daß mit der Arbeitsbeschaffung irgendwo und irgendwie wenigstens ein ordentlicher Anfang gemacht wird, damit die arbeitslosen Menschen wenigstens wieder hoffen lernen und hoffen können. Ob Handels- oder Außenpolitik, — alle anderen Fragen stehen an volkswirtschaftlicher und menschlicher Wichtigkeit hinter der Inangriffnahme jenes „Sofortprogramms" zurück!

*

„Was aber ist deine Pflicht? — die Forderung des Tages", sagt einmal der heute so oft zitierte Goethe, der ja „im Nebenberuf" auch Staatsmann und ein nicht einmal schlechter Politiker war. Wenn die von berechtigter Angst zerquälte Volksstimme und Volksstimmung nach einem umfassenderen Ein- und Zugreifen der Reichsregierung ruft und stöhnt, weit über das an sich durchaus notwendig gewesene Einsetzen der öffentlichen Kräfte an einzelnen Stellen hinaus, — dann ist diesem nachzugehen und nachzugeben gerade „die Forderung des Tages". Diese macht sich ja doch immer wieder geltend, auch wenn sie eine Art zwangsmäßiger Dämpfung erfährt, wie dies jetzt in dem Kampf zwischen Regierung und Rechtsopposition durch das Verbot der nationalsozialistischen Kampftruppe erfolgte. Auch ein Nichtmediziner, sogar ein Nichtpolitiker, weiß es, daß weder eine physische noch eine politische Funktionsstörung, von denen Deutschland infolge der Krise immer stärker ergriffen ist, allein nun etwa dadurch beseitigt werden kann, daß man an ihren Symptomen herumkuriert. Dr. Pr.

Ein Kompromiß-Vorschlag Stimsons

Die Verhandlungen in der Abrüstungskonferenz.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz, dem vierzehn Mächte, darunter sämtliche Großmächte, angehören, beschloß, daß eine allgemeine Aussprache nicht mehr stattfinden soll. Es nahm ein von Benesch ausgearbeitetes Verhandlungsprogramm an, wobei die auf diesem festgelegten grundsätzlichen Fragen der Reihe nach behandelt werden sollen. Dieses Programm umfaßt an erster Stelle den Grundsatz der Herabsetzung der Rüstungen, sodann die Methode der Berechnung der Effektivstärke, die gleichzeitige Anwendung der qualitativen und quantitativen Herabsetzung, die politischen und juristischen Bedingungen einer Organisation des Friedens, die Verwendung der durch die Friedensverträge aufgezwungenen Entwaffnung als Richtlinie der Rechtsgleichheit aller Staaten, Regionalabkommen, Errichtung entmilitarisierter Zonen, Regelung der Blockade-Frage. Der französische Versuch, den fünften Punkt, der die deutsche Forderung auf Anerkennung der Rechtsgleichheit aller Staaten behandelt, von der Tagesordnung abzusetzen, mißlang.

Der Hauptausschuß der Konferenz ist zu Montag nachmittag einberufen worden. An diesen Verhandlungen werden Brüning, Tardieu, Stimson, Grandi sowie Ende der Woche auch MacDonald teilnehmen.

Sanktionen verhindern niemals den Krieg.

Staatssekretär Stimson gab der französischen Presse bei seiner Durchreise in Paris eine Erklärung ab, in der er betonte, daß er alles tun wolle, was zum Erfolg der Abrüstungskonferenz beitragen könnte. Der Vorschlag Gibsons sei keineswegs ein rein amerikanischer Plan, es handele sich vielmehr um eine logische Schlußfolgerung aus den bereits von verschiedenen anderen Staaten gemachten Vorschlägen.

Auf die Frage, ob Stimson beabsichtige, den Kellogg-Pakt durch Sanktionsbestimmungen zu verstärken, antwortete er, daß er seit drei Jahren alles getan habe, um den Kellogg-Pakt zu befestigen und gemeinsam mit Briand am Friedenswerk zu arbeiten.

Kellogg betonte, daß eine Ergänzung des Abkommens durch militärische, wirtschaftliche oder finanzielle Sanktionsklauseln ein großer Fehler wäre.

Sanktionen würden den Krieg niemals verhindern

und derartige Maßnahmen könnten nur dazu beitragen, einen glimmenden Konflikt aufflammen zu lassen. In der Verknüpfung des bestehenden Kellogg-Paktes mit Sanktionsbestimmungen würde eine große Gefahr liegen. Er sehe hoffnungsvoll in die Zukunft und sei überzeugt davon, daß die Abrüstungskonferenz zu positiven Ergebnissen führen müsse.

Reichskanzler Brüning in Genf.

Reichskanzler Brüning ist von Lausanne aus im Automobil in Genf eingetroffen. Staatssekretär von Bülow war dem Reichskanzler im Automobil bis Lausanne entgegengefahren. Vor dem Eintreffen des Reichskanzlers in Lausanne besichtigte Staatssekretär von Bülow das Hotel Savoy in Ouchy, in dem die Vertreter Deutschlands auf der Reparationskonferenz Mitte Juni wohnen werden. Die Dauer des Aufenthaltes des Reichskanzlers in Genf wird von deutscher Seite auf zehn bis vierzehn Tage geschätzt.

Anfang nächster Woche wird der Reichskanzler mit den zur Abrüstungskonferenz anwesenden führenden Staatsmännern der Großmächte Gelegenheit zu eingehenden Verhandlungen haben.

Der Reichskanzler beabsichtigt, in jedem Falle bis zum Eintreffen des englischen Ministerpräsidenten Macdonald in Genf zu bleiben. Nach Mitteilung von englischer Seite wird Macdonald sogleich nach der am 20. April stattfindenden Haushaltsaussprache im Unterhaus nach Genf abreisen und einige Zeit an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Worte, nicht Hilfe.

Bedingungen der Völkerbundhilfe.

Der Völkerbundsrat nahm in öffentlicher Sitzung die Vorschläge des Finanzausschusses über die Hilfsmaßnahmen für Österreich, Ungarn und Bulgarien ohne weitere Aussprache zur Kenntnis. Für Österreich verlangt der Finanzausschuß, daß keine weiteren Investionen bei den Eisenbahnen vorgenommen werden, daß der Ergänzungshaushalt durch neue Herabsetzung der Ausgaben bei der Eisenbahn und durch Ersparnisse ins Gleichgewicht gebracht wird, daß ferner die Lage bei der Creditanstalt schleunigst geregelt und daß eine strenge Devisen-Kontrolle und im Zusammenhang damit Beschränkung der Einfuhr nach Österreich durchgeführt wird. Der österreichische Gesandte erklärte, daß die österreichische Regierung die entsprechenden Maßnahmen durchführen werde. Er machte aber den grundsätzlichen Vorbehalt, daß Österreich die vom Finanzausschuß geforderten Maßnahmen nur in dem Sinne des vom Völkerbundsrat am 12. April beschlossenen gemeinsamen Vorgehens der Großmächte und der allgemeinen Aktion zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Mitteleuropas annehmen könne. Bezüglich Ungarn verlangt der Finanzausschuß eine wesentliche Herabsetzung des ungarischen Haushalts und weitere Stillhalteabkommen Ungarns mit seinen Gläubigern. Für Bulgarien wird die Übertragung der Zahlungen aus den Auslandsschulden auf sechs Monate bis zum September 1932 auf 50 Prozent herabgesetzt.

Der Völkerbundrat verhandelte sodann über Hilfsmaßnahmen für Griechenland. Der Rat nahm eine Entschließung an, in der der griechischen Regierung empfohlen wird, sich über die Auslandsschulden mit ihren Auslandsgläubigern direkt zu verständigen. Der Rat genehmigte eine zweijährige Einstellung des Zinsendienstes.

In der Aussprache betonte der griechische Ministerpräsident Venizelos, daß die Vorschläge des Finanzausschusses keineswegs ausreichend seien, daß Griechenland eine Anleihe von 50 Millionen Dollar brauche und der Zinsendienst für die Auslandsschulden auf fünf Jahre eingestellt werden müsse. Unter anderen Bedingungen könne Griechenland die Völkerbundhilfe nicht annehmen.

*

Donaukonferenz am 23. April.

In den diplomatischen Verhandlungen zwischen den vier Mächten der Londoner Konferenz ist jetzt vereinbart worden, daß am 23. April gemäß dem Beschluß der Londoner Konferenz die Sachverständigen der vier Regierungen zur Prüfung der Donaufrage zusammentreten werden.

Gier nach Gold.

Die Verbrechen des Zündholzkönigs.

Als der Revolverschuß, mit dem der Weltfinanzier und Milliardär Ivar Kreuger seinem Leben ein Ende machte, die Welt aufhorchen ließ, erfuhr man, daß das Leben dieses Reichen arm und freudelos gewesen war. Die Jagd nach dem Geld hetzte ihn ruhelos von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, von Kontinent zu Kontinent. Von seinem Reichtum hatte er nichts als das Bewußtsein seiner Größe. Das Geld war ihm Selbstzweck, nicht, wie es vernünftigerweise sein sollte, Mittel zum Zweck einer sorgenlosen Lebensführung. Man nahm an, daß Überdruß mit diesem Spiel mit Zahlen und das zerschmetternde Gefühl der inneren Hohlheit seines Lebensziels ihm den Revolver in die Hand gedrückt hatte. Jetzt aber erfährt man, daß dieser Geldgewaltige, in dessen Vorzimmer sich die Finanzminister der größten Länder drängten, nicht vor Manipulationen zurückgeschreckt ist, wie man sie sonst nur kleinen Schiebern und gewöhnlichen Verbrechern zutraut. Nachdem die Untersuchungskommission des Kreuger-Konzerns Bilanzfälschungen festgestellt hatte, kommt jetzt aus Schweden die Nachricht, daß Ivar Kreuger italienische Staatsobligationen im Werte von weit über 300 Millionen Kronen hat drucken lassen. Die Obligationen wurden in einem geheimen Gewölbe gefunden und sind auf schwedischem Papier gedruckt. Ihre eigentliche Aufgabe soll darin bestanden haben, bei den Kreditverhandlungen als stille Reserve zu dienen. Kreuger soll bei Gesprächen und Verhandlungen darauf hingewiesen haben, aber stets unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit, die er mit den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF